

## Laufzeitverlängerung blockiert Energiewende

### Geheimvertrag zwischen Bundesregierung und EVUs läßt Gewinne der Atomkonzerne sprudeln

Die Laufzeitverlängerung der AKWs wird von der Kanzlerin mit der notwendigen Übergangszeit in das regenerative Zeitalter begründet. Sie stellt es als ein Nehmen und Geben dar – aber was bewirkt die Laufzeitverlängerung, außerhalb vollmundiger Presseerklärungen der Bundesregierung denn tatsächlich? Ein Blick in den Vertragstext lohnt sich !

### Vertragstext („Geheimabkommen“) vom 6.9.2010

Die Atomkraftwerksbetreiber bekommen, wie im Vorläufer-Vertrag der Rot-Grünen-Regierung aus dem Jahre 2000, für jedes AKW wieder nur Stromkontingente zugewiesen, frei von AKW auf AKW übertragbar – insgesamt sind es 1800 Terawatt/h. Wieder gibt es keine konkreten Abschaltzeiten. Die tatsächliche Laufzeit des einzelnen Atommeilers liegt daher weitgehend in der Hand der Betreiber - die Regierung beschneidet sich dadurch selbst in ihrer politischen Handlungsfähigkeit.

Die Laufzeitverlängerung spült der Atomindustrie über die gesamte Laufzeit ca. 100-140 Mrd. Euro in die Kassen – dafür sollen sie sich insbesondere am Finanzhaushalt des Bundes und nur in einem relativ geringen Umfang an der „Energiewende“ beteiligen („Abschöpfung“):

### Brennelement-(BE)-Steuer

Die BE-Steuer wird in den Jahren 2011-2016 erhoben – formal in einer Höhe von ca. 2,3 Mrd. Euro pro Jahr und zeitlich auf 6 Jahre befristet. Den Atomkraftwerksbetreibern ist die unbeschränkte steuerliche Absetzbarkeit garantiert: Damit sparen sie sich im Gegenzug Steuern auf die Jahresgewinne in Höhe von etwa 35-45 %. So bleibt faktisch als Mehreinnahme beim Bund nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich ca. 1,5 Mrd. Euro pro Jahr bzw. insgesamt 9 Mrd. Euro.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung in der Präambel des Vertrages anerkannt, dass die Betreiber diese BE-Steuer gerichtlich anfechten werden – also bleibt offen, ob die Atomkonzerne diese „steuerliche Gegenleistung“ überhaupt zahlen werden.

Die Bundesregierung schließt damit einen Vertrag, dessen wesentlicher Bestandteil („Benefit“ für die Regierung) von der Atomindustrie bei und mit der Unterschrift bereits in Zweifel gezogen wird !

### Förderfonds

Die Betreiber sollen ab 2017 nach Auslaufen der Brennelement-Steuer in einen Förderfond für die „Energiewende“ einzahlen: Je produzierter MWh, aber abzüglich der für den Eigenbetrieb notwendigen Stromenergie, sollen es 9 Euro sein... Dieser Betrag ist flexibel, soll an den Index der Verbraucherpreise aller Haushalte sowie an weitere wirtschaftliche Rahmenbedingungen (German Baseload Future) angelehnt sein – über die Jahre beteiligen sich die Atomkonzerne maximal mit ca. 1,6 Mrd. Euro an den Fonds, natürlich steuerlich absetzbar ! Im Vorgriff auf das Jahr 2017 leisten die EVUs bereits ab 2011 Vorauszahlungen, die dann später verrechnet werden. Damit bleibt der Bundesregierung die Blamage erspart, die nächsten Jahre überhaupt kein Zusatzgeld (wegen der angekündigten Klage gegen die BE-Steuer) abzuschöpfen – und der Vertrag bekommt bereits eine größere Rechtsbeständigkeit.

Im Vertragstext wird unter §4 festgelegt, dass dieser Förderbeitrag gesenkt oder ausgesetzt werden darf, wenn anderweitige betriebliche Mehrkosten auf die Betreiber zukommen:

Das sind:

- Sicherheits-Nachrüstungen bis zum Ende der Laufzeit eines AKWs, wenn diese einen Gesamtbetrag von 500 Mio. Euro überschreiten
- Jede zukünftige steuerliche Belastung innerhalb des gesamten Kernbrennstoffkreislaufes. Explizit sind im Vertrag auch zukünftige Belastungen aus der nuklearen Entsorgung genannt.

Damit läßt die Bundesregierung zu, dass zukünftige Regierungen dauerhaft an der Leine der Atomindustrie angebunden sind – das Geschenk der Laufzeitverlängerung soll unangetastet bleiben. Für die Sicherheit der AKWs - in der Präambel als „Priorität“ beschrieben - wird mit Einverständnis der Regierung der Steuerzahler aufkommen und selbstverständlich „mitzahlen“ müssen. Einzig für eine billige „Sicherheit-light“ bleibt der Betreiber zuständig – alles, was darüber hinaus geht, muß damit die öffentliche Hand übernehmen. Und von den explodierenden Kosten der havarierten Endlager in ASSE und Morsleben stellt die Regierung die Atomkraftwerksbetreiber auch zukünftig mehr oder weniger frei !

Sollten trotzdem die Betreiber wider aller Erwartungen nicht auf ihre Profite kommen, ist bereits für das Jahr 3 des Fonds (2019) vertraglich eine Überprüfung vereinbart, damit ab diesem Zeitpunkt „sämtliche Kosten der Betreiber“ einbezogen werden können – also auch die Erhöhung der Aufsichtsratsgelder oder die Netzausbaukosten werden den Fondbeitrag senken!

Die Regierung ihrerseits garantiert hingegen die Laufzeitverlängerung ohne Wenn und Aber - ohne Kontroll- oder Überprüfungsmechanismen.

Damit ist ein für die Privatwirtschaft risikoloser Vertrag mit garantierten Gewinnmargen zustande gekommen – zu Lasten der Bevölkerung.

Aber selbst das genügt den Unternehmen noch nicht:

Auf der politischen Bühne werden parallel zu den Milliardengeschenken an die Atomindustrie voraussichtlich auch die Fördermittel für die erneuerbaren Energien beschnitten, deren weiterer Ausbau massiv blockiert – die „Öko-Konkurrenz“ soll ausgeschaltet werden: Im Zuge der schwarz-gelben Energiepolitik müssen jetzt alle größeren Solar-/Wind-/Biogasanlagen ab einer Spitzenleistung von 100 KW einen „Ausschalter“ installieren – damit die Netzentur den Vorrang für Kohle und Atom durchsetzen kann (sog. „Ferndrosselung“).

Die Förderung von Energiesparmaßnahmen für Gebäude wird heruntergefahren, die Ökosteuern für energieintensive Betriebe bleibt reduziert.

Sieht so der Übergang in das regenerative Zeitalter aus ?

Kein Wunder, dass solch ein Vertrag im Gesetzgebungsverfahren „durchgepeitscht“ werden muss, Anhörungen mussten auf wenige Stunden begrenzt, Abstimmungen vorgezogen werden – jede unbequeme Frage zu diesem einseitigen Vertrag sollte vermieden werden. So sieht intransparentes politisches Handeln aus - undemokratisch und die parlamentarischen Institutionen beleidigend.

Wir fordern: Ausstieg aus der Atomenergie, Ausbau der erneuerbaren Energie. Machen Sie mit !

## Erfolgreiche Castor-Südblockade in Berg/Pfalz:

### Atommülltransport muss ausweichen



Der Castortransport überquerte in den letzten Jahren die deutsch-französische Grenze immer in der Nähe des Dorfes Berg (Pfalz). Doch in diesem Jahr wurde dies durch AtomkraftgegnerInnen verhindert. Über 1.200 Menschen beteiligten sich an einer Schienenblockade und erzwangen so eine kurzfristige Änderung der Transportroute. Es ist das erste Mal, dass so viele Menschen mit einer entschlossenen Auftaktblockade im Südwesten den Castor empfangen.

Mehr: [www.castor-suedblockade.de](http://www.castor-suedblockade.de)

„Wer die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, muss auch mit verlängerten Laufzeiten für Atommülltransporte rechnen“ resümierten AtomkraftgegnerInnen im Wendland. Der neue Streckenrekord für einen Castor-Transport nach Gorleben liegt jetzt nach zahlreichen erfolgreichen Aktionen bei 3 Tagen, 19 Stunden, 24 Minuten. **Castor stoppen - Atomkraft stoppen - sofort!**

### Sonntagsspaziergang zum GKN am 5.12.



Unter dem Motto "Den AKWs das Licht ausblasen" lädt das Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand zum nächsten Sonntagsspaziergang zum GKN ein. Treff ist am 05. Dezember um 14.00 Uhr auf der schönen Aussicht.

Flyer und mehr Infos auf der Internetseite.  
Herzliche Einladung!



**Aktionsbündnis CASTOR-widerstand Neckarwestheim**  
wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg  
Info-Tel: 07141 / 90 33 63

<http://neckarwestheim.antiatom.net>

**Spendenkonto**

M.Braig, Volksbank Hohenzollern, BLZ 641 63 225, Kto. 03811 13000

## Atommüll ohne Ende

Die von der Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerungen werden den **hochradioaktiven Atommüll verdreifachen**. Dies zeigen Berechnungen von Greenpeace und Daten des Bundesamtes für Strahlenschutz. Hinzu kommen noch mindestens **9200 Kubikmeter sogenannter schwach- und mittelradioaktiver Abfall**. Die im Atomgesetz vorgeschriebene „sichere Entsorgung“ war früher der jahrzehntelange Abtransport in die Plutoniumfabriken nach Sellafield in England und nach La Hague in Frankreich. Allein aus Neckarwestheim mit 185 Transporten bis 2005. Die „Entsorgung“ besteht seit 2005 aus Standort-Zwischenlager an den AKWs, die für 40 Jahre genehmigt sind. Die „Entsorgung“ besteht außerdem aus drei zentralen Zwischenlager in Ahaus, in Greifswald/Lubmin und in Gorleben in Form von offenen Wellblech-Gebäuden. Natürliche Kühlung nennt sich das Ganze offiziell. Überall ruht der stetig anwachsende hochradioaktive Atommüll in CASTOREN bis zum Sankt Nimmerleinstag und wartet selig auf Verantwortliche, die eine sogenannte sichere Entsorgung gewährleisten. Statt abzuschalten wird das Thema von Legislaturperiode zu Legislaturperiode vertagt. Ganz egal wer in den letzten 40 Jahren regiert hat.

## Giftmüll in der ASSE

Mit das beste Beispiel für den Umgang mit dem Thema atomare Sicherheit, wie Atompolitik seit Jahrzehnten gemacht wird, ist das Atommüll-Lager ASSE. Man nehme Wissenschaftler, beispielsweise aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, lauter hochkarätige Damen und Herren seriöser Art. Diese errichten auf Staatskosten im Voraus, was die Atomindustrie braucht. Versuchs-Atomkraftwerke, Versuchs-Plutoniumfabriken, genannt Wiederaufbereitungsanlagen, Versuche zur Zwischen- und Endlagerung von Atommüll. Kurzum, die „sichern“ immer den ungefährlichen Betrieb aller Atomanlagen schon im Voraus ab, streng wissenschaftlich untermauert.

Dann gründe man „neutrale Gesellschaften“ zum Betrieb und zur Überwachung von Atomanlagen. Wie die „renommierte“ Helmholtz-Gesellschaft, die dann für die Überwachung der ASSE und des dort einzulagernden Atommülls zuständig ist. Dies alles natürlich im Rahmen der strengen Gesetze, auch natürlich hoch wissenschaftlich untermauert. Damit wirklich alles mit rechten Dingen zu geht und das Volk sicher daran glaubt, dass nichts passieren kann. Strahlung, Gesundheitsgefährdungen, Krebserkrankungen – es kann nicht sein, was nicht sein darf.

So werden 126.000 Fässer mit Giftmüll in der ASSE eingelagert. Nachweise falsch deklariert und gefälscht. Bereits vor Jahrzehnten. Wasser im Salzstock? Gibt es nicht, sagt die Helmholtz-Gesellschaft. Selbst als bereits verseuchtes Wasser aus einzelnen Bereichen abgesaugt werden muss, wird offiziell noch alles gleugnet. Leugnen der atomaren Gefahren hat doch schon immer funktioniert. Nur durch die jahrelange Arbeit und das Aufdecken der Skandale durch die örtlichen Anti-Atom-Bürgerinitiativen kam die Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit. Die Lügner der Helmholtz-Gesellschaft würden sonst heute noch alles „wissenschaftlich“ schönreden. Das Bundesamt für Strahlenschutz musste notgedrungen die Sanierung der ASSE übernehmen. Die bis jetzt veranschlagten mindestens 2,5 Milliarden Euro zahlt selbstverständlich der Steuerzahler. Erst jetzt wurden noch weitere Details bekannt. Der meiste Atommüll stammt von den baden-württembergischen Atomkraftwerken. Wurde über das Kernforschungszentrum Karlsruhe dort billigst entsorgt. Dies sogar so raffiniert, dass in die Fässer eine Betonhülle eingemauert wurde. So konnte sogar radioaktiver Müll als schwach strahlend in die ASSE gekippt werden. 14.779 Atommüllfässer mit hoch strahlendem Inhalt, also zehn mal mehr Giftmüll als bisher angenommen, wurde so versenkt. Strahlen wird das Ganze noch Jahrtausende.

## Rosendorf-Atommüll „billig“ nach Majak entsorgen?

[OFFENER BRIEF] „Wir sind in gesellschaftlichen Organisationen aktiv und wenden uns an Sie vor dem Hintergrund der Entscheidung, abgebrannten Atombrennstoff aus dem Forschungszentrum Rosendorf nach Russland zu transportieren.“

Wir sind der Auffassung, dass dieses Vorhaben die Sicherheit der Bewohner des Baltischen Raumes und all der Menschen gefährdet, die entlang der Transportroute leben. Doch besonders gefährlich ist die Fracht für die Menschen, die unweit des Bestimmungsortes leben, im Gebiet Tscheljabinsk. Dieser ist heute schon die am stärksten verstrahlte Region der Welt. In der Fabrik „Majak“ hatten sich in den vergangenen 65 Jahren viele schwere Unglücke ereignet. In der Folge wurden Zigtausende von Quadratkilometern in Russland verstrahlt. Der radioaktive Müll wird in die Seen Karatschai, Staroje Boloto, Tatysch und den Fluss Tetscha geleitet. Die Tetscha transportiert den Müll weiter in den Ob und bis in das nördliche Eismeer.

Die Menschen dort leben in verstrahlten Gebieten, nehmen radioaktiv verseuchte, vor Ort erzeugte, Lebensmittel zu sich. In der Folge steigt die Erkrankungsrate. Die Behandlung dieser Krankheiten ist sehr kostenintensiv. Gleichzeitig fehlt das Geld, diese Erkrankungen zu behandeln. Und da die Menschen in verstrahlten Gebieten häufig krank sind, sind auch ihre Einkünfte niedrig. Wer in einem verstrahlten Gebiet lebt, hat in der Gesellschaft einen niedrigen Status.

In vier Generationen von Menschen, die auf radioaktiv verseuchtem Gebiet leben, nehmen die Krebserkrankungen zu. Deren Zahl ist 2008 auf 387 bei 100.000 gestiegen, bei Kindern unter 14 Jahren auf 14,1 Fälle pro 100.000. 2008 haben die Neuerkrankungen an Krebs bei Kindern um 64 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Auch Missbildungen bei Neugeborenen haben deutlich zugenommen und liegen nun bei 47,6 Fällen pro 1000 Neugeborenen.

Der Transport von radioaktiv strahlendem Material nach Russland ist eine Gefahr für die nächsten Generationen, da Atommüll bei Lagerung und Wiederaufbereitung dieses Materials in Russland in die Umwelt gelangt.

Die mit Zustimmung der IAEO getroffene Vereinbarung zwischen den Regierungen Russlands, der USA und Deutschlands ist unserer Auffassung nach unmoralisch. Diese Vereinbarung verletzt das internationale Prinzip einer gleichberechtigten ökologischen Sicherheit. Diese Vereinbarung bedient die aktuellen finanziellen Interessen russischer Bürokraten.

Wir wenden uns an Angela Merkel, die Kanzlerin von Deutschland und an die anderen Regierungen mit mächtigen Strukturen zur Wahrung der Sicherheit (der ökologischen Sicherheit und der Sicherheit vor Terrorismus), auf den Export ihres Atommülls zu verzichten, die Verantwortung hierfür nicht anderen Ländern und Völkern aufzubürden.

Wir fordern, Deutschland aus der Liste der Länder zu streichen, die unter die Vereinbarung zwischen Russland und den USA fallen, welche von der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO vermittelt wurde. Diese Vereinbarung legalisiert den Export von abgebranntem Atombrennstoff. Eine Umsetzung dieser Vereinbarung führt zu negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen des Landes, in dem sich der Bestimmungsort der Atomtransporte befindet, wo dann der Brennstoff und der bei der Wiederaufbereitung entstandene Müll gelagert wird.

**Deswegen rufen wir Sie auf, den Export von strahlendem Atommüll aus dem Forschungszentrum Rosendorf nach Russland, wo er in die Fabrik „Majak“ im Gebiet Tscheljabinsk gebracht werden soll, zu verbieten.“**

*Dr. Natalja Mironowa („Bewegung für atomare Sicherheit“, Tscheljabinsk) bittet Personen und Organisationen in Deutschland, diesen Aufruf zu unterschreiben. Schickt deswegen bitte eine kurze Mail in englischer oder russischer Sprache an Natalja Mironowa: nmironova@gmail.com.*

## Der nächste Schritt:

### Blockaden an den Atomkraftwerken



**Statt endlich abzuschalten** wurden von der Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke noch einmal gegen den Willen der Mehrheit der BürgerInnen verlängert. Seit nunmehr 10 Jahren geht es darum, wann und ob die Atomkraftwerke endlich stillgelegt werden. Uns reicht es! Die sofortige Energiewende ist technisch längst möglich. Sie muss jedoch gegen die Interessen der vier Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall, EnBW und ihnen hörige Politiker durchgesetzt werden. Wir akzeptieren keinen Jahre- und jahrzehntelangen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke mehr. Abschalten sofort!

**Wir wollen die regenerative Energiewende jetzt:** Der Weiterbetrieb von Neckarwestheim und allen anderen Atomkraftwerken verhindert eine rasche Energiewende. Die Atomkraftwerke, ja alle fossilen Großkraftwerke haben einen unzureichenden Wirkungsgrad und schädigen das Klima. Statt Abhängigkeit von Konzernmacht wollen wir eine dezentrale Energieversorgung mit umweltfreundlichen erneuerbaren Energien. Keine faulen Kompromisse mehr - Energiewende jetzt!

**Keine weitere Atommüll-Produktion:** Jedes Jahr erzeugen allein die beiden Neckarwestheimer Atomkraftwerke über 30 Tonnen an hochgiftigem und für Jahrtausende strahlenden Atommüll. Der Atommüll soll für 40 Jahre in den sogenannten „Zwischenlagern“ bundesweit geparkt werden. Und dann? Die Skandale um die sogenannten Endlagerstandorte Morsleben, Asse und Gorleben zeigen: Das Problem des Jahrmillionen strahlenden Atommülls ist völlig ungelöst. Keine weitere Atommüllproduktion – abschalten sofort!

**Mitmachen - dem Atomausstieg auf die Beine helfen!** Im gesamten Jahr 2010 fanden viele Aktionen und Demonstrationen statt. Im März in Neckarwestheim demonstrierten 5000, im April in Biblis 20000, zeitgleich im Norden weitere 100000, in Berlin über 100000 Menschen für den Atomausstieg. Die guten Aktionen beim CASTOR-Transport haben es erneut gezeigt: wir können viel erreichen, wenn tausende von Atomkraftgegner/innen sich aktiv einbringen und einmischen!

**Was jetzt ansteht sind Aktionen direkt an den Atomanlagen.**

**Wir wollen die Energiewende jetzt!**

**Keine Laufzeitverlängerungen - Abschalten der Atomkraftwerke sofort!**

